

**Niederschrift  
über die  
56. Sitzung des Integrationsbeirates  
am 13.02.2026  
im Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Regensburg**

**Beginn: 16:06 Uhr  
Ende: 17:33 Uhr**

**Stimmberechtigte Mitglieder:**

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Frau <b>Arndt-Grunde</b> i, Anja	<b>X</b>		
2	Frau <b>Berktaş</b> , Nihal	<b>X ab 16:32 Uhr</b>		
3	Herr Prof. Dr. <b>Brunnbauer</b> , Ulf		<b>X</b>	
4	Herr <b>Cetinkaya</b> , Nurdoğan	<b>X</b>		
5	Frau <b>Funk</b> , Erika Eva	<b>X</b>		
6	Frau <b>Hanifah</b> , Mumtaz	<b>X ab 16.47 Uhr</b>		
7	Herr <b>Kaddoura</b> , Mohammed Khalid	<b>X</b>		
8	Frau <b>Lang</b> , Julia	<b>X</b>		
9	Herr Dr. <b>Mårton</b> , Mihai-Paul	<b>X</b>		
10	Herr <b>Paquay Rovira</b> , Pedro	<b>X ab 16:07 Uhr</b>		
11	Frau <b>Pelties</b> , Marta	<b>X</b>		
12	Frau <b>Pidopryhora</b> , Alina	<b>X</b>		
13	Frau <b>Rist-Kaip</b> , Tünde	<b>X</b>		
14	Herr <b>Sarik</b> , Haritun	<b>X</b>		
15	Herr <b>Sbirkov</b> , Ivan	<b>X ab 16:42 Uhr</b>		
16	Frau <b>Schwarz</b> , Stephanie	<b>X</b>		
17	Frau <b>Shahedi</b> , Monir		<b>X</b>	
18	Frau <b>Stabnau</b> , Hae-Gyung	<b>X</b>		
19	Frau <b>Stupavsky</b> , Anna		<b>X</b>	
20	Frau <b>Torreblanca Cruz</b> , Mariana	<b>X ab 16:07 Uhr</b>		
21	Frau <b>Wudtke</b> , Valentina	<b>X</b>		
		<b>18</b>	<b>3</b>	

## Beratende Mitglieder:

	Name	Anwesend	entschuldigt
1	Für die CSU-Fraktion: <b>Dechant</b> , Bernadette (Stellvertretung: <b>Tahedi</b> , Erich)		
2	Für die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: <b>Gaittet</b> , Daniel (Stellvertretung: <b>Eberlein</b> , Theresa)	<b>X (Herr Gaittet)</b>	
3	Für die BRÜCKE-Fraktion: <b>Wolbergs</b> , Jochaim (Stellvertretung: <b>Zierer</b> , Ernst)	<b>X (Herr Wolbergs)</b>	
4	Für die SPD-Fraktion: <b>Irmisch</b> , Alexander (Stellvertretung: <b>Kolbe-Stockert</b> , Evelyn)	<b>X (Herr Irmisch)</b>	
5	Für die ÖDP-Fraktion: <b>Graf</b> , Joachim		
6	Für die Freie Wähler-Fraktion: <b>Radler</b> , Kerstin		<b>X (Frau Radler)</b>

## Weitere beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	Entschuldigt
1	von <b>Seiche</b> , Julia (Initiative „Ausbildung statt Abschiebung!“ e. V.) (Stellvertretung: <b>Koller</b> , Dr. Doris)	<b>X (Frau von Seiche)</b>	
2	<b>Hanusa</b> , Helga (Keine Bedienung für Nazis e. V.) (Stellvertretung: <b>Simek</b> , Ludwig)	<b>X (Frau Hanusa)</b>	
3	<b>Wiesmann</b> , Burkard (BI Asyl Regensburg) (Stellvertretung: <b>Streitberger</b> , Gotthold)	<b>X (Herr Wiesmann)</b>	
4	<b>Getaneh</b> Dawit (CampusAsyl e.V.) (Stellvertretung: Frau Helen <b>Kidan</b> )	<b>X (Herr Getaneh)</b>	
5	<b>Firat</b> , Nihat (Migrationsausschuss der IG Metall Regensburg)		<b>X (Herr Firat)</b>
6	Herr <b>Firat</b> Vahap (Alevitische Gemeinde Regensburg und Umgebung e. V.) (Stellvertretung Herr <b>Güler</b> Hüseyin)		<b>X (Herr Firat)</b>
7	Frau Natalia <b>Jundt</b> (Ukrainisch-Bayerischer Verein Hromada Regensburg e.V.)		
8	<b>Maltz-Schwarzfischer</b> , <b>Gertrud</b> (Oberbürgermeisterin Stadt Regensburg)	<b>X (Frau Maltz-Schwarzfischer)</b>	

## Anwesende Mitglieder der Stadtverwaltung:

	Name
1	Herr <b>Vernim</b> , Matthias (Amt für Integration und Migration)
2	Frau <b>Dirnberger</b> , Melanie (Amt für Integration und Migration)
3	Frau <b>Lang</b> , Melanie (Amt für Integration und Migration)

## **Top 1: Eröffnung der Sitzung und Bericht des Vorstands**

Berichterstattung: Vorsitzende

Frau Lang eröffnet die erste Sitzung des Jahres. Sie verliest die entschuldigten Mitglieder. Sie stellt Beschlussfähigkeit fest und begrüßt die Oberbürgermeisterin Frau Maltz-Schwarzfischer, die heute letztmals an einer Sitzung teilnehme, sowie Herrn Getaneh als neuen Vertreter von Campus Asyl.

Herr Getaneh stellt sich vor und erklärt, dass er die Vertretung von Herrn Issakha übernehme, der nach Hamburg verzogen sei. Er freue sich auf die Zusammenarbeit.

Die Protokolle der 52. und 53. Sitzung werden einstimmig genehmigt. Die Protokolle der 54. und 55. Sitzung seien in Arbeit.

Herr Vernim weist auf die kommende AGABY-Vollversammlung im Sommer hin und dass Anträge des Integrationsbeirats spätestens in der nächsten Sitzung beschlossen werden müssen.

Frau Lang berichtet von der Teilnahme am Neujahrsempfang der Stadt, am Jubiläum „15 Jahre Amici d'Italia“ sowie am bewegenden Holocaust-Gedenktag in der Berufsschule II. Sie bedankt sich bei Herrn Irmisch, der seine Geschichte geteilt habe, was nicht selbstverständlich sei, da es etwas sehr Persönliches sei. Der Klausurtag habe krankheitsbedingt verschoben werden müsse und finde nun am 14. März statt, sie bittet darum nochmals separat zuzusagen. Weitere Punkte gebe es nicht. Frau Lang übergibt das Wort an Frau Maltz-Schwarzfischer.

## Top 2: Bericht der Oberbürgermeisterin

Frau Maltz-Schwarzfischer begrüßt alle und weist darauf hin, dass es ihre letzte Sitzung mit langer Tagesordnung sei und sie eventuell nicht bis zum Schluss bleiben könne. Sie könne aber zu Ihrem Bericht, zu dem man einige Fragen im Vorfeld gestellt habe, Antworten geben.

Zur Anpassung der städtischen Vergaberichtlinien auf Antrag des Integrationsbeirats teilt sie mit, dass das Vergabeamt eine entsprechende Änderung zum Diskriminierungsschutz erarbeitet und mit den zuständigen Stellen (u. a. Amt für Integration und Migration, Antidiskriminierungsstelle, Personal- und Rechtsamt) abgestimmt habe bzw. noch abstimmen müsse. Nach ihrer Unterzeichnung werde die Anpassung Teil der städtischen Vergaberichtlinien, der Antrag werde somit umgesetzt.

Zum Gedenken an den Anschlag von Hanau berichtet sie, dass sie ein Kondolenzschreiben an die Familie des aus Regensburg stammenden Fatih Saraçoğlu sende. Zudem sei eine Gedenktafel am Sonderpädagogischen Förderzentrum in der Bajuwarenstraße geplant, welches er besucht habe. Auf Initiative der Schule wurden die Regensburger Schulen angeregt, rund um den 19. Februar eine Gedenkminute abzuhalten, da der 19. Februar direkt mitten in die Faschingsferien falle. Außerdem solle 2026 das Theaterstück „And now Hanau“ nach Regensburg kommen, hier könne man aber noch keine weiteren Einzelheiten nennen. Sie finde dies gut, denn es sei ja tatsächlich so, dass Anfangs längere Zeit in Regensburg nichts passiert sei. Es habe zwei oder drei Versammlungen gegeben, aber mehr sei da nicht passiert, das passiere jetzt.

Dann habe man wissen wollen, wie die derzeitige Situation im BUZ in Burgweinting sei. Der Bebauungsplan für das Einkaufszentrum in Burgweinting Zentrum (Nr. 259) laufe derzeit. Die Stadt, das Amt für Stadtplanung und Mobilität und die Eigentümer verhandelten über eine Umstrukturierung des gesamten Einkaufszentrums. Geplant seien unter anderem eine Verlegung des Edeka-Markts, eine Umgestaltung der Parkplätze, eine Optimierung von Verkaufsfächenzuschnitten und Nutzungseinheiten, sowie der Abbruch des Parkdecks und der Bau eines Ersatzbaus für Parkplätze und Verkaufsfächen. Auch die Außenanlagen sollen neugestaltet und aufgewertet werden. Die Stadtteilbücherei und das Bürgerbüro bleiben, jedoch möglicherweise an neuen Standorten. Diese sollen aber langfristig dort gesichert sein, genauso wie der Bürgersaal. Der Stadtrat habe dies bereits deutlich zum Ausdruck gebracht. Endgültige Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Eigentümern und der Stadt stünden noch aus.

Zur Sicherheitslage am Hauptbahnhof und in der Maximilianstraße. Im März werde der Sicherheitsbericht der Polizei vorgestellt mit einer aktuellen Zahlenentwicklung. Im Frühjahr werden die Brunnen vorm Schwammerl wieder in Betrieb gehen, dort werde es wesentlich schöner werden. Das Projekt „Gemeinsam stark für Regensburg“ laufe weiter, Gewaltdelikte seien laut Polizei rückläufig. Auch das Bahnhofsmanagement begrüße die jetzige Vorgestaltung des Vorplatzes des Bahnhofs. Die Polizei arbeite im Rahmen des Projekts „Gemeinsam stark in Regensburg“ an einem Konzept gegen Verdrängungseffekte in der Drogenkriminalität. Dann habe man das Problem gehabt, dass ausgerechnet in der dunkelsten Jahreszeit in der Maximilianstraße die Beleuchtung ausgefallen sei. Man habe sich dann gemeinsam mit den Geschäftsleuten aus der Maximilianstraße und den Anwohnern, die diese Weihnachtsbeleuchtung gemeinsam organisieren, dadurch beholfen, die Weihnachtsbeleuchtung einfach länger leuchten zu lassen. Die Beleuchtung in der Maximilianstraße sei zwischenzeitlich repariert.

Die Oberbürgermeisterin werde den Integrationsbeirat vermissen, da er direkte Einblicke in die Stadtgesellschaft gegeben habe. Sie plane, auch nach ihrer Amtszeit an Veranstaltungen wie zum Beispiel den Internationalen Wochen gegen Rassismus teilzunehmen und sich weiterhin für eine offene und bunte Stadtgesellschaft einzusetzen. Sie dankt für die Zusammenarbeit und wünscht dem Integrationsbeirat weiterhin eine so aktive und engagierte Arbeit, die sich in ihren Augen auch sehr positiv entwickelt habe.

Frau Lang bedankt sich für die Berichterstattung und fragt, ob die Baupläne für das BUZ einsehbar sind. Frau Maltz-Schwarzfischer teilt mit, dass dies noch nicht der Fall ist.

Herr Gaittet schlägt vor, zusätzlich zur Gedenkveranstaltung an der Schule für Fatih Saraçoğlu auch eine Gedenktafel an einem öffentlichen zugänglichen Ort, beispielsweise im Ostpark oder Kasernenviertel, wo die Familie gelebt habe, anzubringen. Frau Maltz-Schwarzfischer sagt, dass man diese Idee an die Stabsstelle weitergeben könne, aber klären müsse, wie und wo dies umgesetzt werden könne, da dies bei Gedenktafeln und -stelen nicht immer ganz einfach sei.

Frau Wudtke bedankt sich, sowohl persönlich, im Namen ihres Vereines und als Mitglied des Integrationsbeirats bei der Oberbürgermeisterin für ihren Einsatz und wünscht ihr alles Gute und viel Gesundheit.

Herr Cetinkaya bedankt sich ebenfalls für die Unterstützung, besonders bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus, den Interkulturellen Wochen und dass sie sich die Zeit genommen habe, zu den Sitzungen zu kommen, um Fragen oder Anliegen anzuhören und weiterzutragen. Er wünscht ihr viel Freizeit und Gesundheit und hofft, dass sie auch zukünftig bei Veranstaltungen erhalten bleibe.

Frau Lang bedankt sich ebenfalls und hebt hervor, wie wertvoll die menschliche Ebene in den Diskussionen gewesen sei. Sie lobt die Geduld der Oberbürgermeisterin, auch bei schwierigen Themen, und betont, dass diese Haltung sehr geschätzt worden sei. Frau Lang erklärt, dass sie sich sicher sei, sich auf der ein oder anderen Veranstaltung wieder zu sehen.

### **Top 3: Stellungnahme des Integrationsbeirats der Stadt Regensburg zum Kommunalwahlkampf**

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit

Die AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit habe eine Stellungnahme zur initiierten Fairnessvereinbarung vorgelegt, die teils bereits unterzeichnet worden seien. Ziel sei ein möglichst diskriminierungsfreier Kommunalwahlkampf und man wünsche sich demokratische Verantwortung der Parteien. Zudem werde darauf hingewiesen, dass etwa 14 Prozent der Regensburger\*innen keine demokratische Mitentscheidung hätten.

Auf Nachfrage von Frau Lang erläutert Frau Rist-Kaip, dass mit „dauerhaft hier lebend“ beispielsweise Menschen gemeint seien, die seit vielen Jahren – etwa 30 Jahren – mit Niederlassungserlaubnis in Deutschland lebten, jedoch keine deutsche Staatsangehörigkeit beantragt hätten, aus persönlichen, familiären oder sonstigen Gründen. Ihnen solle zumindest auf kommunaler Ebene die Möglichkeiten gegeben werden, ebenso wie EU-Bürgern, mitzuentcheiden.

Herr Cetinkaya verdeutlicht dies am Beispiel seines Vaters, der seit den 1970er Jahren in Deutschland lebe, hier gearbeitet, seine Kinder großgezogen, eine Wohnung gekauft und seinen Lebensmittelpunkt in Regensburg gehabt habe, jedoch nie habe wählen dürfen. Dieses Demokratiedefizit solle politisch aufgegriffen werden, auch wenn die Stadt dies selbst nicht könne, damit man, wenn auch nur niederschwellig mit einer Stimme, mitentscheiden dürfe, wie hier verfahren werde.

16:32 Uhr Frau Berktaş kommt in den Sitzungssaal.

Weitere Fragen gibt es nicht. Frau Lang kündigt an, dem Antrag unter dieser Voraussetzung nicht zustimmen zu können. Sie fragt, ob darüber hinaus jemand etwas gegen den Antrag habe. Dies ist nicht der Fall.

## **I. Beschlussvorschlag**

Der Integrationsbeirat veröffentlicht folgende Stellungnahme zum Kommunalwahlkampf:

### **Regensburg braucht mehr Demokratie für alle**

Regensburg ist eine vielfältige Stadt. Menschen mit unterschiedlichen Herkunftsgeschichten und Lebenswegen leben hier, gestalten den Alltag, schaffen Wohnraum, betreiben Gewerbe, erziehen Kinder, engagieren sich ehrenamtlich und tragen diese Stadt mit. Trotz dieser Realität ist ein erheblicher Teil dieser Stadtgesellschaft, rund 14 Prozent, bei der Kommunalwahl ausgeschlossen, weil er keinen deutschen oder EU-Pass besitzt. Geflüchtete und Menschen mit Migrationserfahrung sind von Entscheidungen betroffen, die über ihre Lebenswelt bestimmen, ohne an diesen Entscheidungen mitwirken zu können. Dieses demokratische Ungleichgewicht ist kein abstraktes Prinzip, sondern eine alltägliche Ungerechtigkeit, die die demokratische Legitimation der Kommunalpolitik infrage stellt.

Wer in einer Stadt lebt und zu ihrem sozialen Gefüge beiträgt, muss auch ein gleichberechtigtes politisches Mitspracherecht haben. Der Integrationsbeirat fordert deshalb, dass politische Teilhabe nicht an formale Staatsangehörigkeiten gebunden bleibt und dass der Diskurs über ein kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft hier lebenden Menschen ernsthaft geführt wird.

### **Wahlkampf braucht Haltung statt Ausgrenzung**

Der Integrationsbeirat hat für den Kommunalwahlkampf 2026 eine Fairness-Vereinbarung initiiert, die alle politischen Parteien und Wählervereinigungen in Regensburg zu einem respektvollen, sachlichen und diskriminierungsfreien Wahlkampf aufruft. Diese Selbstverpflichtung orientiert sich an demokratischen Grundwerten und soll sicherstellen, dass Sprache und Inhalte im Wahlkampf nicht spalten, sondern den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Ein fairer Wahlkampf ist kein Selbstzweck, sondern Ausdruck demokratischer Verantwortung. Unsere Stadtgesellschaft ist vielfältig, sie braucht politische Debatten, die auf Respekt, Empathie und sachlicher Auseinandersetzung basieren. Der Integrationsbeirat begrüßt ausdrücklich die Bereitschaft der meisten Parteien, diese Vereinbarung zu unterzeichnen, und ruft dazu auf, sie nicht nur formal, sondern auch im Geist und im politischen Handeln zu leben.

Migration und Flucht sind Teil der sozialen und kulturellen Realität unserer Stadt. Vorhandene soziale Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt, in Bildung, Verwaltung und Integration sind nicht durch Migration verursacht, werden durch sie jedoch sichtbarer und müssen daher politisch ambitioniert gestaltet werden. Rassistische, ausgrenzende oder vereinfachende Rhetorik hat im Wahlkampf keinen Platz. Sie schadet jenen, die ohnehin Diskriminierung erfahren, und untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den wir gerade in Zeiten wachsender sozialer Herausforderungen dringend brauchen.

### **Sachliche Debatte statt sozialer Polarisierung**

In seinen bisherigen Stellungnahmen hat der Integrationsbeirat immer wieder betont, dass soziale Probleme komplexe Ursachen haben. Wachsende Ungleichheiten bei Einkommen, Wohnraum, Arbeitsverhältnissen, Bildungschancen sowie Klima und Umweltfragen führen für viele Menschen zu Unsicherheit und Frustration. Diese Herausforderungen betreffen alle gesellschaftlichen Gruppen und müssen im Mittelpunkt eines solidarischen kommunalen Wahlkampfes stehen, nicht Schuldzuweisungen an marginalisierte Gruppen.

Eine demokratische Debatte muss fragen: Wie schaffen wir bezahlbaren Wohnraum für alle? Wie gestalten wir gute Bildung und Ausbildungschancen unabhängig von Herkunft? Wie stärken wir Teilhabe in Wirtschaft und Gesellschaft? Der Integrationsbeirat vertritt hierzu eine klare Position, die nicht alle teilen, und will diese offen, respektvoll und sachlich begründen. Wir brauchen politische Angebote, die erklären, verbinden und konkrete Lösungen anbieten, nicht solche, die spalten und Ängste schüren.

## **Für eine demokratische, inklusive und solidarische Zukunft**

Wählen wir Politik, die alle mitnimmt. Regensburg braucht einen Wahlkampf, der zeigt, wie solidarisch, sachlich und zukunftsorientiert Politik gestaltet werden kann. Der Integrationsbeirat ruft alle politischen Akteurinnen und Akteure dazu auf, ihren Wahlkampf an den Grundsätzen der Fairness-Vereinbarung auszurichten, die Würde aller Menschen zu achten und Politik auf Grundlage von Respekt und Offenheit zu führen.

Wählen Sie keine Parteien, die mit rassistischen Tendenzen auf Kosten von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten Wahlkampf betreiben. Entscheiden Sie sich stattdessen für Parteien, die Teilhabe und Integration als zentrale Zukunftsfragen unserer Stadt begreifen.

Wir stehen für eine Stadt, in der Vielfalt keine Floskel ist, sondern gelebte Realität, in Sprache, im politischen Diskurs und in den demokratischen Rechten aller hier lebenden Menschen. Eine Politik, die spaltet, schwächt die Demokratie. Eine Politik, die verbindet und alle einbezieht, macht sie stark.

## **Integrationsbeirat der Stadt Regensburg**

### **II. Beschluss nach Abstimmung**

Beschlossen mit 15 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

## **Top 4: Veranstaltung „Trialog – wie wir über Israel und Palästina sprechen“**

Berichterstattung: Frau Hanusa

Frau Lang berichtet, dass der Antrag zur Veranstaltung „Trialog – wie wir über Israel und Palästina sprechen“ bereits vorgestellt und positiv diskutiert worden sei.

Frau Hanusa erläutert, dass die ursprünglich für April geplante Veranstaltung nicht mehr möglich gewesen sei und auf Vorschlag des Trägers „Gesellschaft im Wandel“ in den Herbst verschoben werde. Sie habe vorgeschlagen, dies im Rahmen der Interkulturellen Wochen am 24. September zu machen. Inhaltlich gehe es darum, aus stark polarisierten bis verfeindete Positionen herauszukommen und trotz unterschiedlicher Herkünfte und teilweise unterschiedlichen Perspektiven auf einen Konflikt an der menschenrechtlichen Aufgabe festzuhalten. Es gebe begleitend ein Buch und einen Podcast. Der Träger biete viel an, sei stark nachgefragt und sehr überlaufen, da er diese Lücke fülle.

Frau Lang betont die wichtige Bedeutung der Veranstaltung. Trotz Terminverschiebung halte man am Beschluss fest. Sie fragt, ob jemand gegen diesen Antrag sei. Dies ist nicht der Fall. Der Antrag wird damit einstimmig angenommen, man habe dann bis zu 1.000 Euro zur Verfügung.

## **I. Beschlussvorschlag**

Der Integrationsbeirat ist bestrebt, eine Veranstaltung für erwachsene Teilnehmende mit Jouanna Hassoun und Shai Hoffmann mit dem Thema/Inhalt „Trialog - wie wir über Israel und Palästina sprechen“ in Kooperation mit anderen Veranstaltern, möglichst noch im Zeitraum April (nach den Osterferien), durchzuführen. Der Beirat unterstützt die Durchführung der Veranstaltung finanziell mit einem Betrag von bis zu 1.000,00 Euro.

Als Kooperationspartner für eine öffentliche Veranstaltung sollen u.a. z.B. Pax Christi, die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), Campus Asyl angefragt werden.

## **II. Begründung**

Als der Dachauer Preis für Zivilcourage beiden zugesprochen wurde, schrieb die Süddeutsche Zeitung vom 14. Mai 2025 über die Arbeit von Shai Hoffmann und Jouanna Hassoun: „Die Deutsch-Palästinenserin und der deutsche Jude schaffen für Jugendliche einen geschützten Raum, um über den Nahostkonflikt und seine Folgen auch für die deutsche Gesellschaft zu sprechen. [...] Jouanna Hassoun, die vor dem Bürgerkrieg in Libanon nach Deutschland floh und palästinensische Wurzeln hat, ist seit mehr 15 Jahren als politische Bildnerin aktiv. [...] Shai Hoffmann ist Sozialunternehmer, Moderator und deutscher Jude mit israelischen Wurzeln. Er ist Initiator der Israel-Palästina-Bildungsvideos und hostet unter anderem den Podcast „Über Israel und Palästina sprechen“. [...] Sie gehen seit dem 7. Oktober 2023 gemeinsam an Schulen und bieten einen „Trialog“ an, um Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften einen Raum für offene Diskussionen zu schaffen, um über den Krieg, die gegenwärtige Eskalation in Israel und Palästina sowie die Auswirkungen für das muslimische und das jüdische Leben in Deutschland zu sprechen.“ Sie würden in ihren Gesprächsrunden einen Raum schaffen, der auch Ansichten und Fragen zulässt, die viele sich nicht trauen zu stellen oder zu äußern, heißt es in der Begründung für die Auszeichnung. „Damit beweisen sie, dass das Miteinanderreden möglich ist, und motivieren, selbst in den Dialog einzusteigen.“

Die SZ zitiert aus der Begründung der Jury für die Preisverleihung: Die beiden „befinden sich in einem kontinuierlichen Spannungsfeld – eben nicht die eine Wahrheit zu vertreten, sondern die Ambiguität komplexer Realitäten des Zusammenlebens und der damit verbundenen Machtverhältnisse anzuerkennen und diese bewusst zu machen, indem sie den Umgang damit vorleben.“

<https://www.bpb.de/themen/infodienst/545842/ueber-den-nahostkonflikt-sprechen-die-trialoge-als-gespraechsangebot-an-schulen/>

<https://www.gesellschaftimwandel.org/angebote/fortbildungen-und-workshops>

<https://www.bpb.de/themen/infodienst/543186/wie-umgehen-mit-dem-nahostkonflikt-eine-uebersicht-fuer-schulen-und-bildungseinrichtungen>

Mittlerweile machen die beiden auch Veranstaltungen mit Erwachsenen, die in einer polarisierten Situation am Dialog und Eintreten für eine friedliche, gewaltfreie Zukunft festhalten wollen.

## **III. Beschluss nach Abstimmung**

einstimmig beschlossen

## **Top 5: Rassistische Getränkebezeichnung auf dem Christkindlmarkt**

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit

Frau Lang berichtet von einer Beschwerde zu einer Getränkebezeichnung auf dem Christkindlmarkt, die auch andernorts diskutiert werde. Man könne sich über Lösungen anderer Kommunen informieren.

Frau Rist-Kaip betont, dass es nur darum gehe, eine andere Bezeichnung dafür zu finden, das Getränk natürlich weiterzuverkaufen, aber mit anderen Namen. Man sei Gesprächsbereit mit der Stadt.

Frau Schwarz regt an, den Beschluss allgemeiner zu fassen, da auch andere diskriminierende Bezeichnungen bei Speisen oder Getränken existieren könnten. Nach Diskussion wird vorgeschlagen, nicht nur konkrete Essens- oder Getränkenamen („Lumumba“) zu nennen, sondern allgemein über diskriminierende Bezeichnungen und deren rassistische Konnotationen aufzuklären und zu sensibilisieren.

16:42 Uhr Herr Sbirkov kommt in den Sitzungssaal.

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen und der Beschluss redaktionell entsprechend angepasst.

## **I. Beschlussvorschlag**

Der Integrationsbeirat nimmt mit der Stadt Regensburg als Vergeberin der Standflächen des Christkindlmarktes Kontakt auf, um über die Verwendung von Bezeichnungen wie z.B. „Lumumba“ und deren rassistische Konnotationen aufzuklären und zu sensibilisieren, so dass zukünftig unter Gesichtspunkten der Verhinderung von Diskriminierung, bei der Standvergabe aufgeklärt und interveniert werden kann. Es soll mit der Stadt eruiert werden, welche Möglichkeiten sie hat und sie wird gebeten, davon Gebrauch zu machen. Ebenso versucht der Integrationsbeirat mit den Betreiber\*innen des Christkindlmarktes Kontakt aufzunehmen, um auch dort zu sensibilisieren.

## **II. Begründung**

Im Dezember 2025 gingen verschiedene mündliche sowie eine schriftliche Beschwerde über die Bezeichnung „Lumumba“ auf dem Regensburger Christkindlmarkt für ein Heißgetränk (Kakao mit „Schuss“) an den Integrationsbeirat. Der Beirat ist dankbar für die Meldungen und nimmt diese sehr ernst. Deshalb schöpft er seine Möglichkeiten aus, darauf einzuwirken, dass diese Bezeichnung nicht weiter auf dem Regensburger Christkindlmarkt verwendet wird.

Zur Erklärung des Rassismus in der Bezeichnung:

Lumumba erinnert an den Namen des kongolesischen Freiheitskämpfers Patrice Lumumba, der in den 60er Jahren erschossen wurde. Diese Verknüpfung mit einem „Schuss“ ist verhöhnend, die Tatsache, dass es sich um Kakao handelt, ist rassistisch und spricht für sich. Die Stadt Frankfurt hat schon länger die Standbetreiber auf den Weihnachtsmärkten dazu aufgerufen, auf den Namen zu verzichten.

## **III. Beschluss nach Abstimmung**

einstimmig beschlossen

## **Top 6: Stellungnahme zur Situation einer äthiopischen Familie aus Regensburg – Unterstützung**

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuarbeit

Herr Paquay Rovira habe das Thema vorgeschlagen, da seine Frau die Kinder der betroffenen Familie im Ankerzentrum betreue und persönlicher Kontakt bestehe. Die seit fast vier Jahren in Regensburg lebende Familie sei gut integriert; die Kinder sprechen gut Deutsch, haben Freunde und seien eingebunden (u. a. im Cantemus Chor). Da die ganze Familie und auch andere Personen und Organisationen, die den Fall kennen, unter dem Versuch leiden die ganze Familie abschieben zu wollen, wolle man als Integrationsbeirat eine unterstützende Stellungnahme verfassen.

Frau Schwarz erläutert, dass der beste Weg nicht sei, an die Öffentlichkeit zu gehen, sondern ein Solidaritäts-/Unterstützungsschreiben an die Härtefallkommission zu verfassen, um die Familie bei ihrem Anliegen, in Regensburg bleiben zu können, zu unterstützen.

Frau von Seiche berichtet von einer vor ein bis zwei Tagen gestarteten und bereits erfolgreichen Unterschriftenaktion und bietet an, weitere Listen zu verteilen und zu sammeln. Frau Lang sieht keine Einwände dagegen.

16:47 Uhr Frau Mumtaz kommt in den Sitzungssaal.

Abschließend fasst Frau Lang zusammen, dass eine Stellungnahme zum einen wegen des Kindeswohls und zum anderen, da die Familie mittlerweile sehr gut integriert sei, verfasst werden solle. Es gibt keine Gegenstimmen. Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

## **I. Beschlussvorschlag**

Der Integrationsbeirat der Stadt Regensburg verfasst eine Stellungnahme, um die äthiopische Familie zu unterstützen, die am 21.01.2026 von einer Abschiebung bedroht war. Der Beirat spricht sich darin für eine einzelfallbezogene Prüfung einer Bleibeperspektive für die Familie aus und bittet die zuständigen Stellen bei ihrer Entscheidung, die besondere Integrationsleistung der Familie sowie das Kindeswohl angemessen zu berücksichtigen.

## **II. Begründung**

Der Integrationsbeirat hat von dem Fall einer äthiopischen Familie erfahren, die mit drei Kindern seit längerem (2022) in Bayern lebt. Die Familie bemüht sich nachweislich um Integration. So haben die Eltern Deutsch gelernt, die beiden älteren Kinder besuchen die Schule, das jüngere ist noch im Kindergartenalter.

Der Vater hat ein Ausbildungsangebot als Pflegekraft. Auch die Mutter wartet auf eine Arbeitserlaubnis, um ebenfalls im Pflegebereich tätig zu werden. Beide sind bereit, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen und damit einen Beitrag zur Deckung des bestehenden Fachkräftebedarfs zu leisten. Pflegekräfte werden dringend benötigt. Die Kinder sind sehr gut in den schulischen Alltag integriert. Aus dem schulischen Umfeld wird berichtet, dass sich Mitschüler\*innen und Lehrkräfte für den Verbleib der Kinder einsetzen und ihre Sorge über mögliche erneute Trennungen zum Ausdruck bringen.

In einem Presseartikel vom 23.01.2026 (<https://www.regensburg-digital.de/kinder-brauchen-freunde-keine-abschiebung-an-der-pestalozzi-grundschule-regensburg-kaempft-man-fuer-das-bleiberecht-einer-familie/23012026/>) wird die Situation der Familie sowie die Belastung insbesondere für die Kinder ausführlich dargestellt. Bereits zum zweiten Mal waren die Kinder mit einer Abschiebungssituation konfrontiert, was für minderjährige Kinder, aber natürlich auch für die Eltern, eine erhebliche psychische Belastung darstellt und aus integrationspolitischer Sicht Fragen des Kindeswohls aufwirft.

Der Integrationsbeirat ist sich bewusst, dass aufenthaltsrechtliche Entscheidungen auf anderen staatlichen Ebenen und nicht auf kommunaler Ebene getroffen werden. Vor diesem Hintergrund versteht sich die Stellungnahme ausdrücklich als integrationspolitischer Appell, im Rahmen der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten die besondere Situation der Familie angemessen zu berücksichtigen.

## **III. Beschluss nach Abstimmung**

einstimmig beschlossen

## **TOP 7: Selbstverständnis und Kommunikationsleitlinien des Integrationsbeirats zu Rassismus, Diskriminierung und gesellschaftlicher Instrumentalisierung**

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismus

Die AG Politik, Soziales und Antirassismus fordert einen Beschluss, der festschreibt, dass der Integrationsbeirat Rassismus und Diskriminierung in Stellungnahmen klar benenne und sich öffentlich positioniere. Dies solle eine verbindliche Haltung und Rückendeckung („Backup“) sichern, Betroffene stärken und verhindern, dass problematische Themen abgeschwächt oder beschönigt werden.

Einige Mitglieder halten den Beschluss für überflüssig, da Rassismus bereits regelmäßig thematisiert werde. Man befürchte eine Einschränkung offener Debatten oder eine Verpflichtung, Formulierungen einzelner AGs ungeprüft zu übernehmen. Zudem wird angeregt, neben Kritik stärker positive Aspekte hervorzuheben, um wirksamer zu sein.

Befürworter betonen, es gehe nicht um Zensur, sondern um eine klare, konsensuale Grundhaltung und darum, Diskriminierung konsequent zu benennen, ohne jede Formulierung neu ausdiskutieren zu müssen.

Der Antrag wird mit 10 Ja- zu 7 Nein-Stimmen angenommen.

Die Frau Oberbürgermeisterin wird im Anschluss durch alle Mitglieder offiziell mit einem kleinen Abschiedsgeschenk und einem Abschlussfoto verabschiedet.

## **I. Beschlussvorschlag**

Der Integrationsbeirat der Stadt Regensburg beschließt verbindliche Leitlinien in Umgang mit Rassismus und Diskriminierung sowie mit politischer und medialer Instrumentalisierung von Migrant\*innen und Geflüchteten. Diese regeln den internen und öffentlichen Umgang mit allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Rassismus gegen People of Color (PoC), Schwarze Menschen sowie gegen Sinti\*zze und Rom\*nja u.v.m.

Die Leitlinien definieren eine gemeinsame Haltung und dienen als Orientierungs- und Handlungsrahmen für die interne Zusammenarbeit sowie für die externe Kommunikation des Integrationsbeirats, insbesondere in Stellungnahmen, Pressearbeit, öffentlichen Redebeiträgen und sonstigen Auftritten.

Sie gelten als verbindliche Arbeitsgrundlage für das gesamte Gremium, den erweiterten Vorstand sowie die Arbeitsgruppen.

## **II. Begründung**

Rassismus und Diskriminierung sind reale gesellschaftliche Phänomene, die Menschen aufgrund von Merkmalen wie Herkunft, Hautfarbe, Religion, Sprache oder Aufenthaltsstatus benachteiligen und ausgrenzen. Sie wirken sowohl auf individueller Ebene, unter anderem in Institutionen, Sprache, Medien und politischen Entscheidungsprozessen.

Als demokratisch legitimierte Interessenvertretung trägt der Integrationsbeirat eine besondere Verantwortung, diese Realität anzuerkennen, sichtbar zu machen und die Perspektiven sowie Anliegen der Betroffenen in politische und öffentliche Debatten einzubringen.

Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Verständnisse über Sprache, Deutung und öffentliche Positionierung erscheint eine gemeinsame Klärung notwendig.

Mit dem Beschluss schafft der Integrationsbeirat eine verbindliche Grundlage für eine klare, konsistente und verantwortungsvolle Haltung und Kommunikation.

## **III. Verfahren**

### **1. Anerkennung gesellschaftlicher Realität**

Der Integrationsbeirat stellt ausdrücklich fest, dass Rassismus, Antisemitismus, antimuslimische, antiziganistische sowie weitere menschenfeindliche Zuschreibungen und Diskriminierungsformen reale und wirksame Bestandteile der gesellschaftlichen Realität sind. Diese wirken auf individueller und struktureller Ebene.

### **2. Klare Benennung ohne Dramatisierung oder Relativierung**

Rassismus und Diskriminierung werden als solche benannt, eingeordnet und zurückgewiesen. Eine Relativierung oder Abstufung nach vermeintlicher Schwere einzelner Formen findet nicht statt.

### **3. Öffentliche Thematisierung**

Das öffentliche Benennen von Rassismus und Diskriminierung ist Bestandteil demokratischer Verantwortung und Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe und gesellschaftliche Weiterentwicklung.

#### **4. Perspektive Betroffener**

Menschen, die von Rassismus betroffen sind, werden durch gesellschaftliche Strukturen und Diskriminierungserfahrungen benachteiligt. Der Integrationsbeirat ist mit Betroffenen solidarisch und nimmt konsequent ihre Perspektive ein. Er tritt einer Verlagerung der Verantwortung auf Betroffene entgegen und versteht die klare Benennung von Diskriminierung als Ausdruck politischer Selbstvertretung.

#### **5. Vielfalt und Zusammenhalt schließen Kritik nicht aus**

Vielfalt, gesellschaftlicher Zusammenhalt und die kritische Auseinandersetzung mit Diskriminierung werden als untrennbar miteinander verbunden verstanden. Das konsequente Benennen und Bekämpfen von Diskriminierung stärkt eine inklusive und demokratische Stadtgesellschaft.

#### **6. Verantwortung als Interessenvertretung**

Der Integrationsbeirat bringt die Perspektiven, Erfahrungen und Anliegen von Menschen mit Migrationserfahrung und Geflüchteten in politische und öffentliche Debatten ein.

#### **7. Einheitliche Orientierung für zukünftiges Handeln**

Diese Leitlinien gelten für:

- Stellungnahmen und Pressearbeit
- Redebeiträge und öffentliche Auftritte
- interne Diskussionen und Entscheidungsprozesse

Sie sichern ein konsistentes, reflektiertes und verantwortungsvolles Handeln.

### **III. Beschluss nach Abstimmung**

Beschlossen mit 10 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen

## **TOP 8: Podiumsdiskussion des Integrationsbeirats mit den Oberbürgermeisterkandidat\*innen am 24. Februar**

Berichterstattung: AG Veranstaltungsorganisation

Frau Lang berichtet, dass die Einladung zur Podiumsdiskussion verschickt und auf Instagram veröffentlicht worden sei.

Herr Cetinkaya berichtet, dass die Vorbereitungen soweit abgeschlossen seien. Es gebe 11 Teilnehmende auf dem Podium, die Veranstaltung finde im Evangelischen Bildungswerk statt, moderiert von Carsten Lenk. Thematisch gehe es um Migration, Integration und Flucht, sowie die Positionen der Oberbürgermeisterkandidat\*innen. Ziel sei es, diesen Themen im Wahlkampf mehr öffentliche Aufmerksamkeit, wie dies auch bei anderen Themen der Fall sei, zu geben.

Frau Lang betont, dass die Veranstaltung für den Integrationsbeirat besonders relevant sei, bittet um zahlreiches Erscheinen und weist darauf hin, dass sie öffentlich sei und gerne geteilt werden dürfe.

## **Top 9: Bericht zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2026**

Berichterstattung: AG Veranstaltungsorganisation

Herr Cetinkaya berichtet, dass die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 5. März bis 12. April anstünden. Geplant seien 32 Programmpunkte mit insgesamt 36–37 Veranstaltungen. Wie jedes Jahr finde ein Pressetermin am 4. März im Alten Rathaus mit der Oberbürgermeisterin statt, am 21. März zum Antirassismustag eine Kundgebung am Neupfarrplatz mit Redebeiträgen, Infoständen und Musik.

Der Integrationsbeirat organisiere neben der Kundgebung noch zwei weitere eigene Veranstaltungen: am 24. März mit Hamado Dipama (Nachholtermin aus den Interkulturellen Wochen), am 30. März eine Lesung mit Gilda Sahebi zum Thema Rassismus. Dies werde eine Lesung, mit anschließendem Austausch der Teilnehmer\*innen sein. Die Plakate seien gedruckt, könnten abgeholt und verteilt werden. Das Programmheft gehe in Druck und könne voraussichtlich in eineinhalb Wochen abgeholt und breit verteilt werden.

Herr Cetinkaya dankt der Geschäftsstelle und den Kooperationspartner\*innen und bittet um rege Bewerbung und Teilnahme.

Herr Vernim ergänzt, dass das Engagement inzwischen auch überregional sehr positiv wahrgenommen werde. Ein Extralob habe man von der Geschäftsstelle der AGABY bekommen, aber auch die bundesweite Stiftung gegen Rassismus habe sich positiv geäußert. Er weist darauf hin, dass ein Plakat bereits im Sitzungssaal ausgehängt worden sei und weitere Plakate zur Weitergabe auslegen. Weitere könne man sich in der Geschäftsstelle abholen. Herr Vernim betont die Wichtigkeit der Bewerbung über die sozialen Medien und bedankt sich bei der Praktikantin Frau Lang, die 32 individuelle Sharepics für jede einzelne Veranstaltungen habe vorbereiten dürfen.

Frau Lang dankt der AG für die intensive Arbeit und stellt fest, dass man mittlerweile sehr bekannt in Regensburg sei. Sie leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

## **Top 10: Informationen zur Neuwahl des Integrationsbeirats**

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Herr Vernim informiert, dass der Integrationsbeirat im Herbst nach der Kommunalwahl neu gewählt bzw. berufen werde. Man strebe einen Wahlzeitraum im November an. Hierzu sei man auch schon mit dem Wahlamt im Austausch, ein Planungstreffen solle Mitte April stattfinden.

Die Geschäftsstelle kümmere sich um die Vorarbeit, die Bewerbung und Information, die eigentliche Wahl der Ausländer\*innen sei eine klassische kommunale Wahl mit Wahlbenachrichtigungen, Briefwahlzeitraum usw. und werde vom Wahlamt durchgeführt. Zunächst sei ein Stadtratsbeschluss, der den Wahlzeitraum festlege, nötig. Im Spätsommer werde voraussichtlich der Zeitraum sein, wo man Wahllisten zusammenstellen und rechtzeitig beim Wahlamt einreichen müsse.

Zur künftigen Zusammensetzung lägen noch nicht alle Zahlen vor. Sicher sei jedoch, dass die Gruppe der Ausländer\*innen größer und voraussichtlich von neun auf zehn, eventuell auf elf, Sitze steigen werde. Bei den Eingebürgerten und Aussiedler\*innen wisse man es auch noch nicht exakt, aber auch bei den Eingebürgerten werde eher mit einem Zuwachs gerechnet. Insgesamt dürfe der Integrationsbeirat als Gesamtgremium größer werden. Weitere Details sollen bei der Klausurtagung besprochen werden.

## **Top 11: Sachstandsbericht zur Umsetzung des Integrationskonzepts der Stadt Regensburg (IKR)**

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Frau Lang erklärt, man sei froh über das Konzept und habe gehofft, dazu jährlich einen kurzen Bericht zu erhalten.

Herr Vernim erklärt, dass es keinen entsprechenden Beschluss des Integrationsbeirats gebe, wohl aber einen Stadtratsbeschluss, jährlich einen Bericht für den Stadtrat vorzulegen. Er halte es für sinnvoll, auch dem Integrationsbeirat Gelegenheit zur Stellungnahme oder Diskussion zu geben. Aufgrund der begrenzten Zeit und der langen Tagesordnung habe er jedoch auf eine zusätzliche Präsentation verzichtet. Der Sachstandsbericht sei allen vorab zugegangen und bereits Ende letzten Jahres im Stadtrat behandelt worden.

Grundsätzlich gebe es jährlich Austauschtreffen mit allen Referaten, bei denen der Stand der Maßnahmen, mögliche Hindernisse sowie Unterstützungs- und Vernetzungsmöglichkeiten durch das Amt für Integration und Migration als Fachamt besprochen würden. In dem im Jahr 2023 beschlossenen Integrationskonzept gebe es insgesamt 67 Maßnahmen: 41 seien bereits umgesetzt oder in Umsetzung, 7 seien konkret geplant und 19 noch nicht begonnen. Letztere seien meist langfristig angelegt oder aus Sachgründen noch nicht umsetzbar. Der Sachstandsbericht enthalte dazu die Rückmeldungen der zuständigen Ämter und Dienststellen. Für Nachfragen stehe er nun zur Verfügung.

Frau Lang fragt, ob es Fragen gebe. Das ist nicht der Fall. Sie weist darauf hin, dass auch schriftliche Nachfragen möglich seien.

## **Top 12: Berichte der AGs**

Frau Lang erklärt, dass zwei AGs schon ausführlich berichtet hätten. Sie fragt, ob jemand noch etwas Neues ansprechen möchte.

Frau Torreblanca Cruz berichtet, dass es eine Kontaktaufnahme aus dem Kunstbereich gegeben habe. Sie werde an einem ersten Workshop teilnehmen, damit der Integrationsbeirat künftig stärker im Kulturbereich vertreten sei.

Herr Vernim ergänzt, dass der Beirat bei der letzten Klausurtagung beschlossen habe, verstärkt mit anderen städtischen Beiräten zusammenzuarbeiten, darunter dem Kulturbeirat. Das Kulturamt habe sich nun gemeldet. Es solle eine AG gegründet werden, um den Kulturbeirat neu aufzustellen. Ziel sei, dass der Integrationsbeirat dabei eine Rolle spiele.

Frau Lang bedankt sich bei Frau Torreblanca Cruz als Sprecherin der AG Öffentlichkeitsarbeit für ihre Teilnahme. Weitere Berichte aus den AGs gibt es nicht.

## Top 13: Bericht der geschäftsführenden Stelle

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Herr Vernim erklärt, dass er die Termine bereits im Vorfeld der Sitzung verschickt habe und daher nur einige wichtige Punkte hervorheben wolle. Die Termine zu den Wochen gegen Rassismus und zur Klausur seien bereits genannt worden.

Weitere Termine seien:

- 17.04.2026, 13 Uhr, Leerer Beutel: Jubiläumsfeier „10 Jahre Amt für Integration und Migration“ (Einladung folgt)
- 28.04.2026, 16:30 Uhr, online: Vorbereitungstreffen der nächsten Integrationsbeiratssitzung
- 08.05.2026, 16 Uhr, Sitzungssaal NR: nächste Integrationsbeiratssitzung
- 09.05.2026, ab 12 Uhr, Stadtamhof: Fest des Ehrenamts (weitere Details und Anfrage zur Beteiligung des Integrationsbeirats folgen)
- 13.–14.06.2026, Nürnberg: AGABY-Fachtagung und Vollversammlung
- 02.10.2026, Thon-Dittmer-Palais: Lange Nacht der Demokratie (der Integrationsbeirat sei zu den Planungstreffen eingeladen. Das nächste finde am 2. März online statt)

Herr Vernim berichtet außerdem, dass er nächste Woche Urlaub habe; Frau Dirnberger und sein Vertreter Herr Grebien seien in dringenden Fällen erreichbar. Der „Fakten statt Fake News“-Flyer verzögere sich wegen fehlender zeitlicher Ressourcen, sei aber in Arbeit.

Frau Lang bedankt sich und erinnert daran, dass vor der nächsten AGABY-Fachtagung und Vollversammlung nur noch eine Sitzung stattfinden und Anträge bis dahin vorbereitet werden sollten, damit sie beschlossen und zur Vollversammlung mitgenommen werden können.

Da es keine weiteren Fragen gibt, bedankt sich Frau Lang bei der Oberbürgermeisterin für ihre Teilnahme bis zum Ende der Sitzung, wünscht allen ein schönes Wochenende und beendet die Sitzung.

Regensburg, 13.02.2026

gez.  
Julia Lang  
Vorsitzende

Protokoll: Dirnberger Melanie (Amt für Integration und Migration, geschäftsführende Stelle)

